

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

GZ. 503.03.02/219-II.10/95

Schriftliche Anfrage der
Abgeordneten zum Nationalrat
Rudolf Anschober und Genossen
betreffend AIESEC Veranstaltung
"Focus on Taiwan" in Linz (Nr 1148/J)

XIX. GP.-NR
1133 /AB

1995 -07- 14

zu

1148 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rudolf Anschober und Genossen haben am 15. Mai 1995 unter Nr. 1148/J eine schriftliche Anfrage betreffend AIESEC Veranstaltung in Linz an mich gerichtet, die folgendermaßen lautet:

- 1) Welche Informationen besitzt der Herr Außenminister über die oben angeführte Veranstaltung an der Linzer Kepler Universität?
- 2) Kam es zu Interventionen seitens der Chinesischen Botschaft im Außenministerium bzw. sind dem Außenminister konkrete Interventionen in anderen Bereichen bekannt? Wenn ja, welche, zu welchem Zeitpunkt, mit welcher konkreten inhaltlichen Stoßrichtung?
- 3) Ist es richtig, daß das Außenministerium das oben angeführte Schreiben an das Land Oberösterreich und Magistrat Linz erlassen hat und empfohlen hat, die Taiwanesin nicht öffentlich zu empfangen?
- 4) Wie lautet der Wortlaut des entsprechenden Informationsschreibens des Außenministeriums?
- 5) Wie begründet der Außenminister einen derartigen Schritt?
- 6) Wie beurteilt der Außenminister insgesamt den starken politischen Druck seitens der Chinesischen Botschaft auf Subventionsgeber und Durchführer der Veranstaltung?

- 2 -

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Veranstaltung "Focus on Taiwan" wurde unter der Leitung der Studentenorganisation AIESEC (Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales) an der Linzer Kepler Universität vom 5. - 13. Mai 1995 organisiert und abgehalten. Die Veranstaltung wurde von der "Taiwan International Alliance" (TIA), "The Pacific Cultural Foundation", der Stadt Linz und einer Reihe privater österreichischer Firmen unterstützt. Als Redner bei der Veranstaltung trat u.a. die taiwanesische Senatorin LU auf.

Zu Frage 2:

Der chinesische Botschafter in Österreich, Herr WANG Yanyi, hat beim Leiter der Asienabteilung im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Vorfeld der Veranstaltung "Focus on Taiwan" mehrmals vorgesprochen und gegen die Abhaltung dieser Veranstaltung protestiert.

Zu Frage 3:

Entsprechend der bisherigen österreichischen Haltung hat das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten seine Bedenken zum Ausdruck gebracht.

Zu Frage 4:

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat am 11. April 1995 über Ersuchen der Oberösterreichischen Landesregierung folgende Stellungnahme abgegeben:

"Die OÖ Landesregierung möge darauf Bedacht nehmen, daß im Hinblick auf die Reaktion der VR China außenpolitische Bedenken gegen jede Art der offiziellen politischen Kontaktaufnahme (auch auf Gemeindeebene) mit Frau LU bestehen."

- 3 -

Zu Frage 5:

Die Republik Österreich hat am 26. Mai 1971 mit der VR China in Bukarest ein "Gemeinsames Kommuniqué" unterzeichnet. Dieses bildet die Grundlage für die gegenseitige Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Wirksamkeit vom 28. Mai 1971. Zugleich hat Österreich die Regierung der VR China als die einzige rechtmäßige Regierung Chinas anerkannt. Auf Taiwan wird in dem Kommuniqué kein Bezug genommen.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist bei seiner Empfehlung an die Oberösterreichische Landesregierung, wie bei ähnlichen taiwanesischen Veranstaltungen in der Vergangenheit, von der Position ausgegangen, daß die Republik Österreich nie eine Erklärung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung der "Republik China" abgegeben hat und zu Taiwan nur inoffizielle Beziehungen unterhält.

Zu Frage 6:

Die Volksrepublik China steht auf dem Standpunkt, daß es nur "ein China" gibt und Taiwan ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums ist. Die VR China verurteilt daher Kontakte zu Taiwan, aus denen - nach Pekinger Auslegung - auch nur indirekt die staatliche Anerkennung Taiwans abgeleitet werden könnte. In diesem Zusammenhang werden zum Beispiel die Schritte in Richtung einer Aufnahme Taiwans in die VN von der VR China als "Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten" betrachtet.

Wien, am 13. Juli 1995

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten

Hans-Joachim